

Tamedia Nachbefragung



Tamedia Nachbefragung
Eidgenössische Volksabstimmungen vom 10. Juni 2018
Auswertungsbericht
Sperrfrist: 12. Juni 2018, 06.30 Uhr

1	Stimmenscheid nach Geschlecht	5
2	Stimmenscheid nach Alter	6
3	Stimmenscheid nach Parteien	8
4	Stimmenscheid nach Wohnort	10
5	Stimmenscheid nach Bildung	11
6	Stimmenscheid nach Einkommen	12
7	Stimmenscheid nach Links-Rechts Einordnung	13
8	Stimmenscheid nach Vertrauen in den Bundesrat	14
9	Argumente für und gegen das Geldspielgesetz	15
10	Argumente für und gegen die Vollgeld-Initiative	16
11	Zusatzfragen Geldspielgesetz	17
12	Technische Details	19
13	Statistische Unschärfe	19

Projektleitung: Christoph Zimmer, Leiter Kommunikation & Public Affairs Tamedia,
christoph.zimmer@tamedia.ch

Projektkoordination: Daniel Waldmeier, daniel.waldmeier@20minuten.ch

Konzeption, Entwicklung & Durchführung: LeeWas GmbH,
Lucas Leemann, leemann@leewas.ch & Fabio Wasserfallen, wasserfallen@leewas.ch

Weiterführende Informationen zu den Tamedia Umfragen: www.tamedia.ch/umfragen

Generelle Informationen zu online und modellbasierten Umfrageanalysen: www.leewas.ch

© LeeWas GmbH und Tamedia AG, 2018



Tamedia-Nachbefragung: Stimmvolk folgte Parteiparolen beim Geldspielgesetz nicht

Die Anhänger aller grösseren Parteien stimmten mehrheitlich für das neue Geldspielgesetz. Trotz des Widerstands der Jungparteien nahmen auch die 18- bis 34-Jährigen die Vorlage deutlich an. Die Vollgeld-Initiative fand laut der Tamedia-Umfrage nur bei ganz linken Wählern eine Mehrheit.

Zürich, 12. Juni 2018 – Die Schweizer Mediengruppe Tamedia hat auf ihren Newsportalen eine tite-lübergreifende Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 10. Juni durchgeführt. 7'738 Personen aus der ganzen Schweiz haben zwischen dem 8. und 10. Juni online an der Umfrage teilgenommen. Der Fehlerbereich liegt bei 3,4 Prozentpunkten.

Parolen der Parteien fanden kein Gehör

Das Schweizer Stimmvolk hat am Sonntag das neue Geldspielgesetz sehr deutlich angenommen: 72,9 Prozent stimmten der Behördenvorlage zu. Die Tamedia-Nachabstimmungsumfrage zeigt, wie der Entscheid zustande gekommen ist.

Obwohl mehrere Parteien – darunter FDP, GLP, Grüne und BDP – die Nein-Parole herausgegeben hatten, folgte ihnen die eigene Basis nicht. So stimmten 74 Prozent der FDP-Wähler für das neue Gesetz, und auch die Anhänger von Grünen, BDP und GLP sprachen sich mit 70 Prozent Ja-Stimmen oder mehr für die Vorlage aus. Von den grösseren Parteien lag der Ja-Stimmenanteil bei den SVP-Anhängern am tiefsten – es stimmten aber immer noch 65 Prozent zu.

Satte Mehrheit auch bei den 18- bis 34-Jährigen

Die Umfrage zeigt keine signifikanten Unterschiede zwischen den Generationen: Obwohl Jungparteien von links bis rechts vor den Netzsperrern warnten, legten 72 Prozent der 18- bis 34-Jährigen ein Ja in die Urne. Bei den über 65-Jährigen stimmten 80 Prozent der Vorlage zu.

Aus Sicht der Ja-Stimmenden war das wichtigste Argument für die Vorlage, dass mit dem Gesetz sichergestellt werde, dass alle Anbieter von Geldspielen Abgaben für gemeinnützige Zwecke bezahlen würden. Jene, die Nein stimmten, taten dies häufig, weil sie in den Netzsperrern für Online-Geldspiele ausländischer Anbieter einen schweren Eingriff in die Wirtschafts- und Informationsfreiheit sehen – oder ein gefährliches Präjudiz.

Mehrheit gegen Finanzierung von Referenden aus dem Ausland

Zu reden gab im Abstimmungskampf, dass ausländische Anbieter von Geldspielen das Referendum und die Kampagne der Gegner finanziell unterstützt haben. Dies sieht gemäss der Tamedia-Nachabstimmungsumfrage eine Mehrheit der Stimmbürger kritisch. So unterstützen 64 Prozent ein Verbot der Finanzierung von Referenden mit ausländischen Geldern.

Die von den Gegnern des Geldspielgesetzes geäußerte Sorge, die Einführung von Netzsperrern schaffe ein gefährliches Präjudiz, teilt nur eine Minderheit: 41 Prozent rechnen damit, dass über kurz oder lang auch Download- und Streaming-Portale gesperrt werden, weil die Musik- und Filmindustrie Urheberrechtsverletzungen geltend macht. 49 Prozent rechnen nicht damit, der Rest tat keine Meinung kund.

Vollgeld-Initiative chancenlos

Die Vollgeld-Initiative wurde mit 75,7 Prozent Nein wuchtig abgelehnt. Laut der Umfrage fand sie einzig bei Stimmbürgern eine Mehrheit, die sich auf der Links-rechts-Skala am linken Rand verorten.

Umfassende Tamedia-Abstimmungsumfragen

Die Tamedia-Abstimmungsumfragen werden in Zusammenarbeit mit den Politikwissenschaftlern Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen durchgeführt. Sie gewichten die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen, sodass die Stichprobe der Struktur der Stimmbevölkerung entspricht. Die Resultate werden jeweils umgehend ausgewertet, damit die Tageszeitungen und Newsplattformen von Tamedia schweizweit rasch und fundiert darüber berichten können. Weitere Informationen sind unter tamedia.ch/umfragen abrufbar.

Beteiligte Tamedia Medien

Deutschschweiz: 20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, SonntagsZeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen
Romandie: 20 minutes, 24 heures, Tribune de Genève und Le Matin/Le Matin Dimanche
Tessin: 20 minuti

Kontakt

Christoph Zimmer, Leiter Kommunikation & Public Affairs Tamedia,
+41 44 248 41 35, christoph.zimmer@tamedia.ch

Technische Eckdaten

Die folgenden Resultate basieren auf 7'738 nach demographischen, geographischen und politischen Variablen gewichteten Antworten von UmfrageteilnehmerInnen (6'166 aus der Deutschschweiz, 1'434 aus der Romandie und 138 aus dem Tessin).

- Umfragezeitraum: 8. – 10. Juni 2018
- Auswertungsdatum: 9. – 11. Juni 2018
- Maximaler Stichproben-Fehlerbereich: ± 3.4 % Punkte (für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe). Bei Subanalysen ist der korrekte Fehlerbereich in der Tabelle angegeben.



1 Stimmentscheid nach Geschlecht

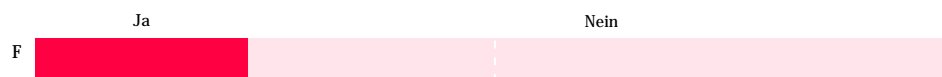
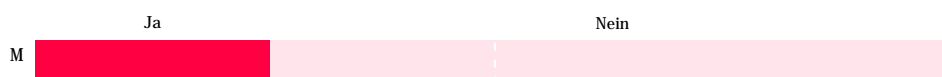
Tabelle 1: Geldspielgesetz

	Männer	Frauen
Ja	70	75
Nein	30	25
Statistische Unschärfe (\pm)	3	6



Tabelle 2: Vollgeld-Initiative

	Männer	Frauen
Ja	26	23
Nein	74	77
Statistische Unschärfe (\pm)	3	6



2 Stimmenscheid nach Alter

Tabelle 3: Geldspielgesetz

	18-34	35-49	50-64	über 65
Ja	72	68	72	80
Nein	28	32	28	20
Statistische Unschärfe (\pm)	6	6	6	9

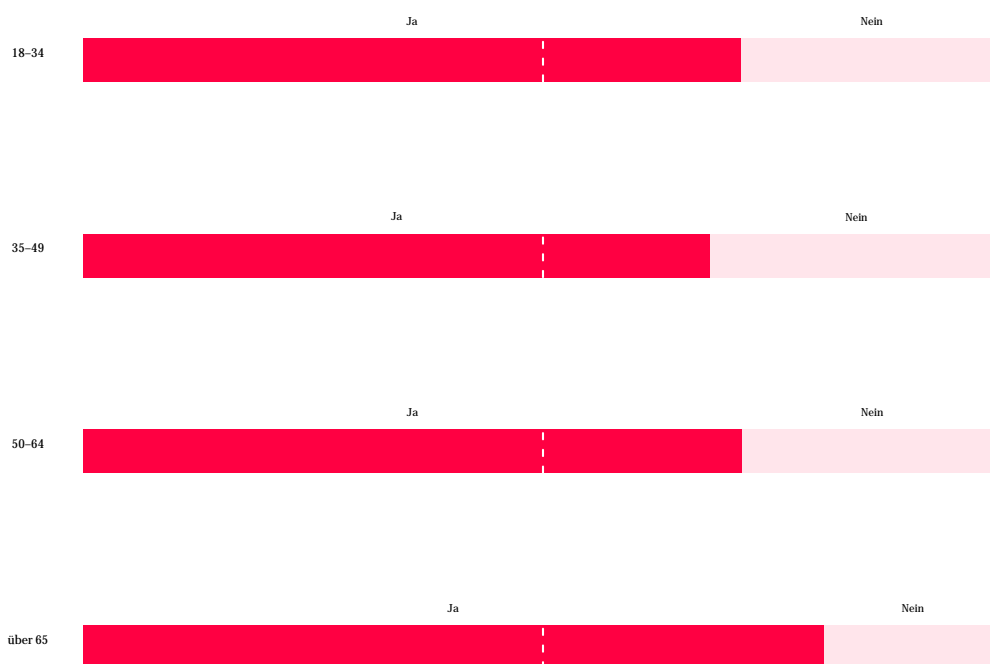
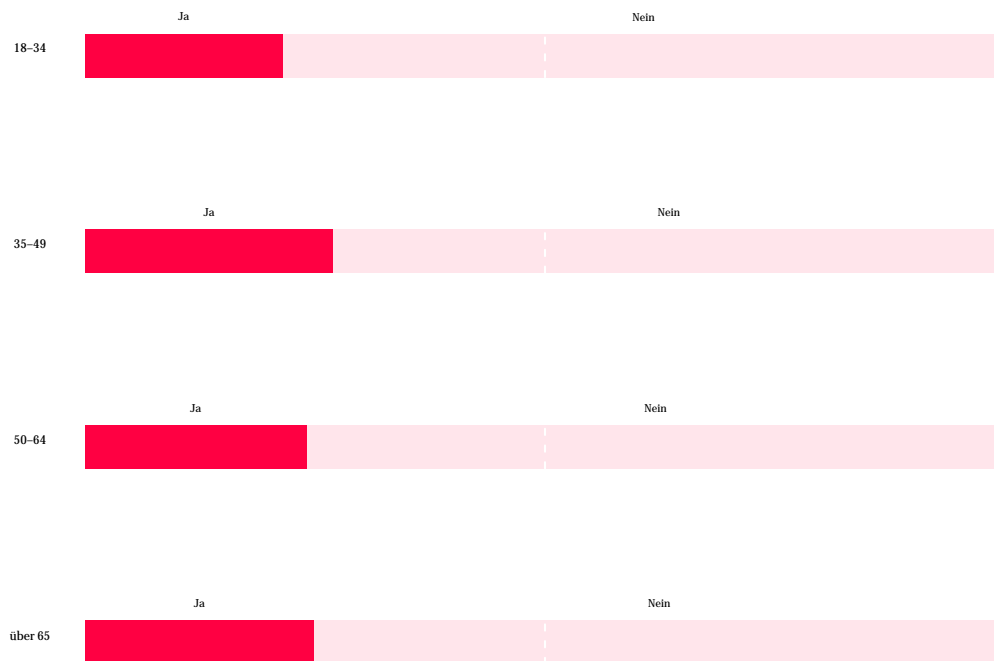


Tabelle 4: Vollgeld-Initiative

	18-34	35-49	50-64	über 65
Ja	21	27	24	25
Nein	79	73	76	75
Statistische Unschärfe (±)	6	6	6	9



3 Stimmentscheid nach Parteien

Tabelle 5: Geldspielgesetz

	FDP	CVP	SP	SVP	GPS	BDP	GLP
Ja	74	83	80	65	78	71	70
Nein	26	17	20	35	22	29	30
Statistische Unschärfe (\pm)	7	10	8	6	12	11	10

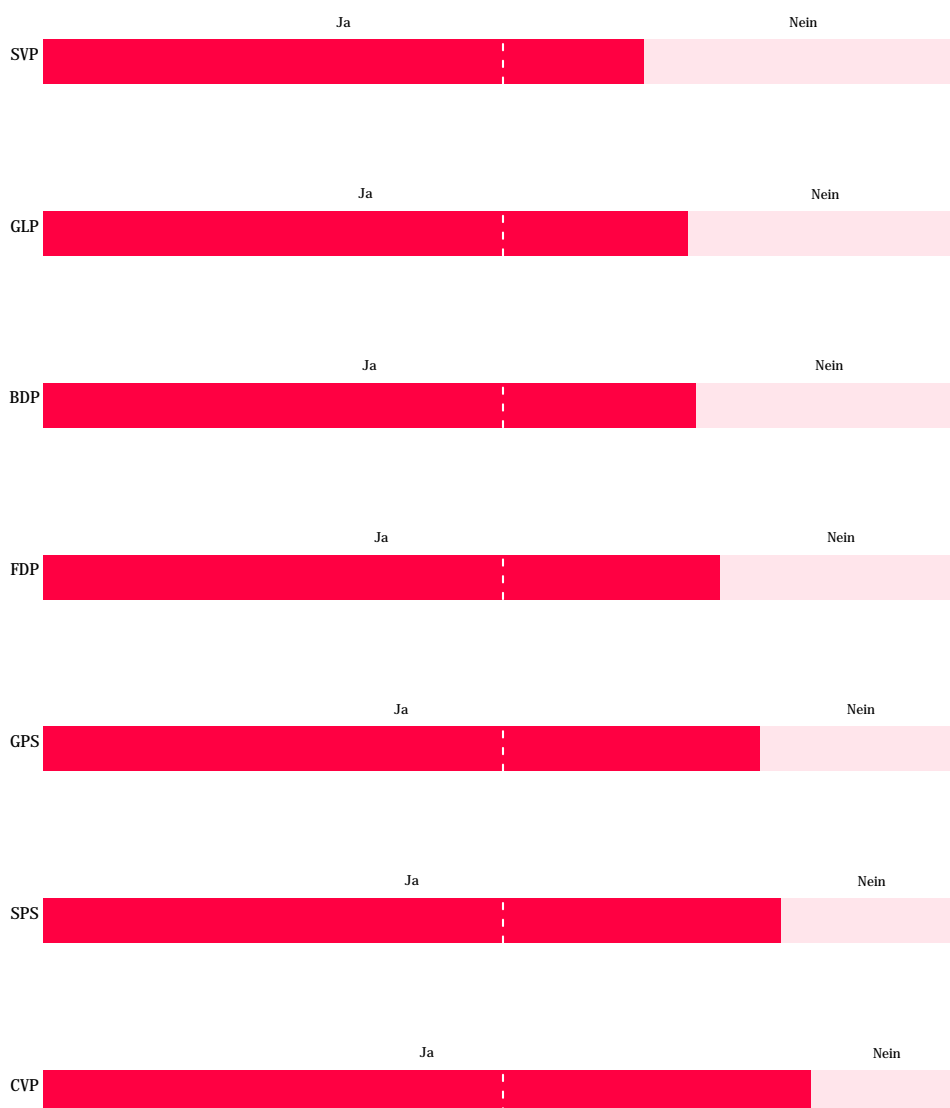
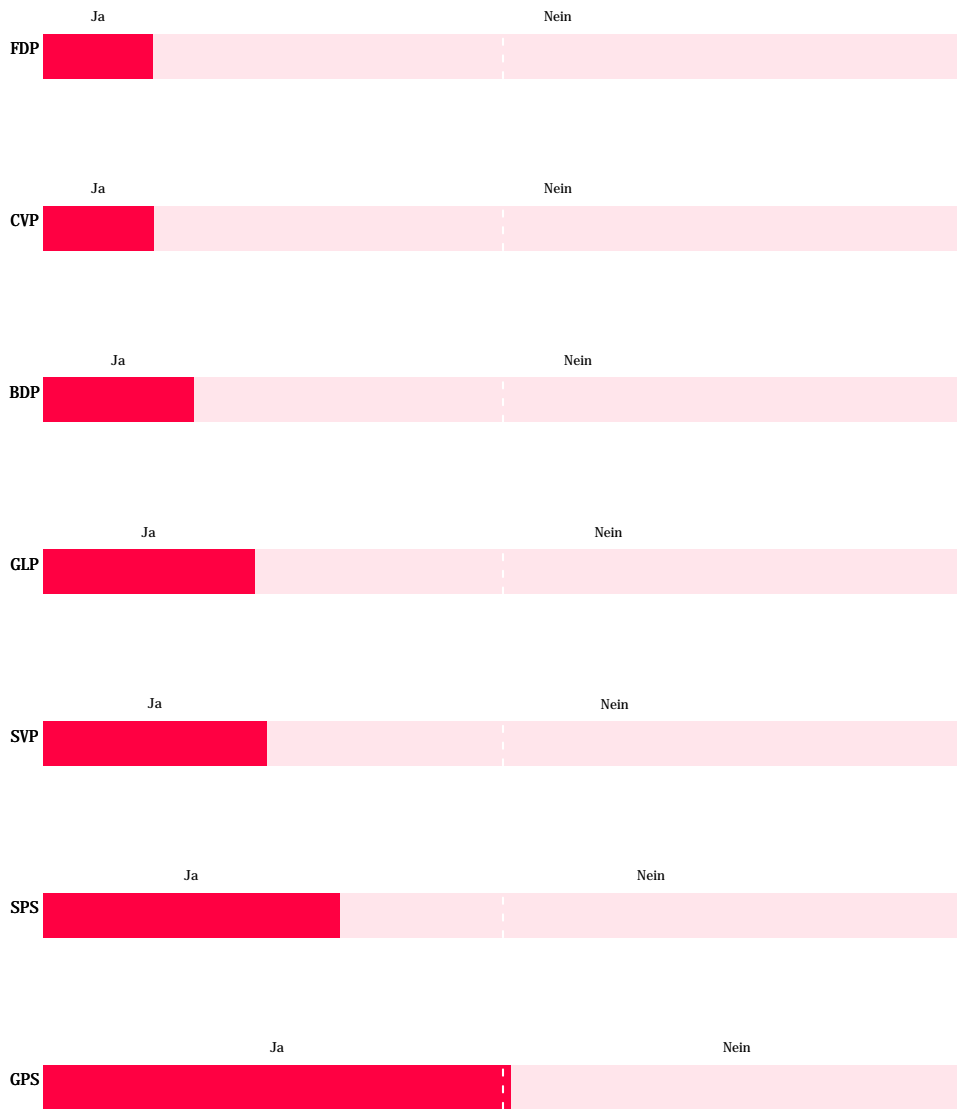


Tabelle 6: Vollgeld-Initiative

	FDP	CVP	SP	SVP	GPS	BDP	GLP
Ja	12	12	32	24	51	16	23
Nein	88	88	68	76	49	84	77
Statistische Unschärfe (±)	7	10	8	6	12	11	10



4 Stimmenscheid nach Wohnort

Tabelle 7: Geldspielgesetz

	Stadt	Agglo	Land
Ja	70	74	74
Nein	30	26	26
Statistische Unschärfe (\pm)	6	5	6

Tabelle 8: Vollgeld-Initiative

	Stadt	Agglo	Land
Ja	31	25	20
Nein	69	75	80
Statistische Unschärfe (\pm)	6	5	6

5 Stimmentscheid nach Bildung

Tabelle 9: Geldspielgesetz

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
Obligatorische Schule	71	29	12
Berufslehre, Handelsdiplom	75	25	4
(Berufs-)Matur, DMS, Seminar	72	28	5
Höh.Berufsausbildung, höh.Fachschule	74	26	4
Uni/Fachhochschule	72	28	3

Tabelle 10: Vollgeld-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
Obligatorische Schule	27	73	12
Berufslehre, Handelsdiplom	22	78	4
(Berufs-)Matur, DMS, Seminar	26	74	5
Höh.Berufsausbildung, höh.Fachschule	24	76	4
Uni/Fachhochschule	24	76	3

6 Stimmentscheid nach Einkommen

Tabelle 11: Geldspielgesetz

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
Weniger als 3000 CHF	71	29	12
Zwischen 3000 und 5000 CHF	76	24	10
Zwischen 5000 und 7000 CHF	77	23	8
Zwischen 7000 und 9000 CHF	68	32	6
Zwischen 9000 und 11000 CHF	74	26	7
Mehr als 11000 CHF	69	31	4

Tabelle 12: Vollgeld-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
Weniger als 3000 CHF	25	75	12
Zwischen 3000 und 5000 CHF	29	71	10
Zwischen 5000 und 7000 CHF	23	77	8
Zwischen 7000 und 9000 CHF	22	78	6
Zwischen 9000 und 11000 CHF	27	73	7
Mehr als 11000 CHF	20	80	4

7 Stimmentscheid nach Links-Rechts Einordnung

(1 = links, 10 = rechts)

Tabelle 13: Geldspielgesetz

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
1	71	29	14
2	71	29	13
3	77	23	9
4	77	23	10
5	77	23	10
6	70	30	8
7	73	27	8
8	72	28	7
9	70	30	18
10	62	38	17

Tabelle 14: Vollgeld-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
1	66	34	14
2	38	62	13
3	40	60	9
4	29	71	10
5	21	79	10
6	15	85	8
7	15	85	8
8	19	81	7
9	19	81	18
10	27	73	17

8 Stimmentscheid nach Vertrauen in den Bundesrat

(1 = kein Vertrauen, 10 = grosses Vertrauen)

Tabelle 15: Geldspielgesetz

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
1	54	46	17
2	60	40	13
3	66	34	16
4	66	34	9
5	68	32	8
6	77	23	8
7	78	22	6
8	83	17	8
9	81	19	14
10	74	26	14

Tabelle 16: Vollgeld-Initiative

	Ja	Nein	Stat. Unschärfe (\pm)
1	40	60	17
2	31	69	13
3	29	71	16
4	22	78	9
5	24	76	8
6	32	68	8
7	23	77	6
8	18	82	8
9	13	87	14
10	18	82	14

9 Argumente für und gegen das Geldspielgesetz

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter oder die Gegner einer Vorlage berechnet.

Tabelle 17: Welches Argument spricht am ehesten für die Geldspielgesetz?

	%
Das Gesetz stellt sicher, dass alle Anbieter von Geldspielen Abgaben für gemeinnützige Zwecke bezahlen.	46
Das Gesetz schützt Konsumenten besser vor Spielsucht.	26
Das Gesetz schützt die inländischen Casinos vor der Konkurrenz aus dem Ausland.	11
Das Gesetz trägt der Digitalisierung Rechnung und lässt neue Angebote im Internet zu.	7
Ein anderes.	5
Lotto-Gewinne bis zu einer Million Franken werden steuerfrei.	3
Keines.	2
Statistische Unschärfe (\pm)	3

Tabelle 18: Welches Argument spricht am ehesten gegen für die Geldspielgesetz?

	%
Internetsperren sind ein schwerer Eingriff in die Wirtschafts- und Informationsfreiheit.	33
Eine Netzsperrung ist ein gefährlicher Präzedenzfall: Weitere Branchen würden Sperren auf Kosten der unliebsamen Konkurrenz fordern.	22
Das Gesetz will heimischen Casinos ein Monopol auf Internet-Angeboten einräumen.	17
Netzsperrungen sind wirkungslos, da sie leicht umgangen werden können.	17
Ein anderes.	4
Der Spielerschutz kommt im Gesetz viel zu kurz.	4
Keines.	3
Statistische Unschärfe (\pm)	3

10 Argumente für und gegen die Vollgeld-Initiative

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die Befürworter oder die Gegner einer Vorlage berechnet.

Tabelle 19: Welches Argument spricht am ehesten für die Vollgeld-Initiative?

	%
Unsere Bankguthaben sind im Falle einer Bankenkrise nicht sicher, weil es sich um virtuelles Buchgeld handelt.	33
Die Initiative ist eine Möglichkeit, an der Urne Kritik an der Bankenwelt zu äussern.	25
Die Gewinne der Geldschöpfung sollen der Allgemeinheit zugutekommen.	20
Vollgeld macht elektronisches Geld so sicher wie Bargeld im Tresor.	9
Keines.	6
Ein anderes.	7
Statistische Unschärfe (\pm)	3

Tabelle 20: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Vollgeld-Initiative?

	%
Unser Geld- und Währungssystem funktioniert. Eine radikale Abkehr davon ist ein Abenteuer mit unkalkulierbaren Risiken.	61
Die Initiative schränkt die Geschäftstätigkeit der Banken ein und schädigt den Finanzplatz.	18
Die Initiative gefährdet die Unabhängigkeit der Nationalbank und die Preisstabilität.	9
Ein Vollgeldsystem kann Finanz- und Wirtschaftskrisen nicht verhindern.	8
Ein anderes.	3
Keines.	1
Statistische Unschärfe (\pm)	3

11 Zusatzfragen Geldspielgesetz

Tabelle 21: Spielen oder wetten Sie bereits heute online um Geld?

	%
Ja, oft.	2
Ja, regelmässig.	6
Ja, selten.	20
Nein, nie.	72
Statistische Unschärfe (\pm)	3

Tabelle 22: Würden Sie eine allfällige Netzsperrung umgehen, z.B. mittels VPN-Client?

	%
Ja	7
Nein	17
Weiss nicht	6
Spielt nicht online	70
Statistische Unschärfe (\pm)	3

Tabelle 23: Das Referendum gegen das Geldspielgesetz wurde von ausländischen Online-Casinos finanziell unterstützt. Soll eine Finanzierung von Referenden mit ausländischen Geldern verboten werden?

	%
Ja	42
Eher Ja	22
Eher Nein	11
Nein	15
Weiss nicht	10
Statistische Unschärfe (\pm)	3

Tabelle 24: Die Gegner des Geldspielgesetzes warnten, die geplanten Netzsperrungen seien ein gefährlicher Präzedenzfall. Rechnen Sie damit, dass über kurz oder lang auch Download- und Streaming-Portale gesperrt werden, weil die Musik- und Filmindustrie Urheberrechtsverletzungen geltend macht?

	%
Ja	16
Eher Ja	25
Eher Nein	27
Nein	22
Weiss nicht	10
Statistische Unschärfe (±)	3

Tabelle 25: Das neue Geldspielgesetz sieht vor, dass physische Casinos das Monopol auf den Betrieb von Online-Casinos erhalten. Als Alternative wurde oft ein Lizenzmodell genannt, wie es Dänemark kennt und das auch bestehenden ausländischen Anbietern offenstehen würde. Welchem Modell hätten Sie den Vorzug gegeben, wenn beide zur Wahl gestanden wären?

	%
Lizenzmodell à la Dänemark	41
Weiss nicht	32
Konzessionsmodell à la Geldspielgesetz	27
Statistische Unschärfe (±)	3

Tabelle 26: Das neue Geldspielgesetz sieht vor, dass physische Casinos das Monopol auf den Betrieb von Online-Casinos erhalten. Als Alternative wurde oft ein Lizenzmodell genannt, wie es Dänemark kennt und das auch bestehenden ausländischen Anbietern offenstehen würde. Welchem Modell hätten Sie den Vorzug gegeben, wenn beide zur Wahl gestanden wären? (ausgewertet nach Abstimmungsentscheid)

	Konzessionsmodell à la Geldspielgesetz	Lizenzmodell à la Dänemark	Weiss nicht	Stat. Unschärfe (±)
Ja	34	33	33	4
Nein	9	61	30	5

12 Technische Details

Stichprobe: Die folgenden Resultate basieren auf 7'738 UmfrageteilnehmerInnen (6'166 aus der Deutschschweiz, 1'434 aus der Romandie und 138 aus dem Tessin).

Stichprobenfehler: Wie bei allen gewichteten oder ungewichteten Umfragen weist diese Umfrage einen Fehlerbereich aus. Auf einem α Niveau von 5% liegt der maximale Fehlerbereich bei dieser Umfrage bei $\pm 3.4\%$ -Punkten für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe.

Erhebungszeitraum: Die Umfrage war vom 8. – 10. Juni 2018 online zugänglich. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demographischen, geographischen und politischen Variablen gewichtet.

13 Statistische Unschärfe

Jede Schätzung, die auf einer Stichprobe basiert, enthält eine statistische Unschärfe. Der Stichprobenfehler, der für die ganze Umfrage angegeben ist, gilt nur für die Auswertungen der ganzen Stichprobe. Bei Analysen nach Untergruppen (bspw. nach Parteien) ist die Anzahl Antworten kleiner was die statistische Unschärfe vergrössert.

Als Lesebeispiel diskutieren wir unten die Unterstützung des Energiegesetzes gemäss der 1. Umfrage-Welle (siehe [Tabelle 27](#), ursprünglich publiziert im Bericht vom 10. April 2017). Die Unschärfe ist am kleinsten für die deutschsprachige Schweiz, da die meisten Befragten Teil dieser Gruppe sind. Der Stichprobenfehler für die italienische Schweiz ist mit $\pm 10\%$ gross, da deutlich weniger Tessiner an der Umfrage teilgenommen haben. Wie werden diese Ergebnisse nun gelesen? In der Deutschschweiz beträgt die Unterstützung 52% (45% + 7%) und der Stichprobenfehler liegt bei 2%. Hätten wir die Umfrage 100 mal wiederholt, würden wir erwarten, dass bei 95 Umfragen ein Mittelwert zwischen 50% und 54% resultiert. Dieses Intervall (definiert durch den "Unterstützungswert" \pm "Stichprobenfehler") wird als Konfidenzintervall bezeichnet. Je grösser der Stichprobenfehler, desto grösser wird dieses Intervall.

Tabelle 27: Werden Sie das Energiegesetz annehmen? (erste Welle, Bericht 10.4.2017)

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	54	47
Eher Ja	7	15	15
Eher Nein	7	5	12
Nein	39	22	21
Habe mich noch nicht entschieden	2	4	5
Statistische Unschärfe (\pm)	2	5	10

Weshalb ist das wichtig? Auf Basis obiger Daten lässt sich gut behaupten, dass die Unterstützung in der Deutschschweiz tiefer liegt als in der Westschweiz. Die selbe Aussage über die Unterstützung in der Westschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (62%) wäre aber nicht zulässig. Für die Westschweiz ist die untere Grenze des Konfidenzintervalls bei 64% (die obere bei 74%), während die obere Grenze für die italienische Schweiz bei 72% liegt (und die untere bei 52%). Die beiden Konfidenzintervalle überlappen sich also und es ist daher kein signifikanter Unterschied zwischen der Unterstützung in der Westschweiz und der italienischen Schweiz festzumachen. Anders gesagt: Nichts in den Daten weist darauf hin, dass die Unterstützung in der Westschweiz tatsächlich höher ist als in der italienischen Schweiz.¹ Die angegebenen statistische Unschärfe erlaubt es also zu beurteilen, bei welchen Vergleichen man von Unterschieden in der Unterstützung gesprochen werden kann und welche innerhalb der Unschärfe liegen.

¹Dies ist eine konservative Annäherung - korrekterweise ist dieser Unterschied dann nicht signifikant, falls die Differenz der beiden Mittelwerte kleiner als 1.96 mal die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Stichprobenfehler ist. Die Regel oben ist aber einfach in der Anwendung und konservativ, d.h. man behauptet nie fälschlicherweise, dass ein Unterschied existiert, wenn er nicht signifikant ist.



Konzeption und Durchführung der Tamedia Abstimmungsumfrage

Die vorliegende Umfrage wurde von der LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit Tamedia entwickelt und durchgeführt. Die LeeWas GmbH ist auf Umfragen und datengestützte Serviceleistungen spezialisiert.

LeeWas GmbH

LeeWas wurde von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen als Spinoff ihrer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen beschäftigen sich seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. www.leewas.ch

Autoren

Lucas Leemann ist Assistenzprofessor an der Universität Zürich. Vorher hat er am University College London und an der University of Essex gearbeitet. Er hat seine Doktorarbeit an der Columbia Universität geschrieben und unterrichtet komplexe statistische Anwendungen an verschiedenen Universitäten (University College London, Essex, Zürich, Waseda Tokio, Wien).

Fabio Wasserfallen ist Associate Professor an der Universität Salzburg und Gastprofessor an der Universität Zürich. Er hat seine Doktorarbeit an der Universität Zürich geschrieben, habilitierte an der Universität Salzburg und war für einjährige Forschungsaufenthalte in Harvard und Princeton. Zur Zeit ko-kordiniert er das Horizon 2020 Projekt “EMU Choices”, welches die politischen Zusammenhänge der Eurokrise untersucht.

Über Tamedia

Tamedia ist die führende private Schweizer Mediengruppe. Die Digitalplattformen, Tages- und Wochenzeitungen und Zeitschriften von Tamedia bieten Überblick, Einordnung und Selektion. Das 1893 gegründete Unternehmen beschäftigt rund 3'400 Mitarbeitende in der Schweiz, Dänemark, Luxemburg, Deutschland und Österreich und ist seit 2000 an der Schweizer Börse kotiert.

www.tamedia.ch

Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung oder allfällige Verbesserungsvorschläge und Ideen. Senden Sie eine E-mail an info@leewas.ch.

